



I. Allgemeine Informationen: Situation im Iran

1. Einfrieren von Geldern

Am Mittwoch hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Entscheidung des Europäischen Rates (Gipfel), die Gelder einer britischen 100%igen Tochtergesellschaft der iranischen Bank Melli einzufrieren, bestätigt. Diese iranische Bank wird vom Staat kontrolliert und unterstützt das Atomprogramm Teherans. Die EU hatte 2007 eine Verordnung über restriktive Maßnahmen gegen den Iran erlassen, die das Einfrieren bestimmter Gelder vorsah. Es handelt sich um die Gelder von Einrichtungen, die an der nuklearen Entwicklung beteiligt sind. Die betroffenen Einrichtungen wurden in einer Liste im Anhang der Verordnung aufgeführt. Auf dieser Liste steht auch die Melli Bank. Der EuGH ist das höchste EU-Gericht, seine Entscheidungen können nicht angefochten werden.

2. Unterstützung von Aktivisten

Seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen 2009 im Iran sehen sich Regimegegner verstärkter Verfolgung ausgesetzt. Sie werden diskriminiert, verfolgt und inhaftiert. In den meist überfüllten Gefängnissen werden sie unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten. Die Studentin Mahdiah Golroo ist seit dem 3. Dezember 2009 in dem für Folter berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis in Haft. Am 11. April 2010 befand das iranische Revolutionsgericht sie der „Propaganda gegen das Regime“ sowie der „Kollaboration gegen das Regime“ für schuldig und verhängte eine

2,5jährige Haftstrafe gegen sie. Dennoch gelang es ihr, gemeinsam mit mitinhaftierten Studentenaktivisten Bahareh Hedayat und Majid Tavajoli, zum Nationalen Studententag 2010 ein regimekritisches Statement über Haftbedingungen und Folter in die Öffentlichkeit zu lancieren.



Mahdiah Golroo

Ich bin "politischer Pate" von Mahdiah Golroo und habe neben entsprechenden Forderungen in der Presse eine Unterschriftenaktion, die ihre Freilassung fordert, gestartet. Wenn Sie die Freilassungsforderung unterstützen möchten, senden Sie mir einfach ihren Namen und ihre Anschrift an mein Büro in Brüssel. Ihre Angaben kommen dann auf eine Liste, auf der spontan bereits 50 Bürger unterschrieben haben. Ich übersende diese Liste an die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), mit der ich in dieser Sache zusammenarbeite. Weitere Informationen zur Lage der Menschenrechte im Iran finden Sie unter: www.igfm.de/Menschenrechtsverletzungen-in-der-Islamischen-Republik-Iran.573.0.html

II. Das EP hat u.a. folgendes beschlossen:

1. EU Erbrecht Verordnung

Mit einer Verordnung, die grenzübergreifende Erbfälle regeln soll, wird erstmalig ein

"Europäischer Erbschein" eingeführt. Dieser soll künftig als Nachweis der Erbfolge etwa bei Grundbüchern verwendet werden können. Der Erbschein wird in dem Land ausgestellt, in dem der Erblasser zuletzt seinen ständigen

Wohnsitz hatte. Allerdings kann künftig auch testamentarisch festgelegt werden, dass die Gerichte seines Heimatlandes zuständig sein sollen. Der Europäische Erbschein gilt ohne Einschränkung in allen Mitgliedstaaten der EU bis auf Großbritannien, Irland und Dänemark. Die neue Verordnung wird vermutlich ab Sommer 2015 gelten.

2. Bekämpfung organisierter Kriminalität

Das Parlamentsplenum beschloss, dass ein Anti-Mafia-Ausschuss im EP Strategien zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Geschäfte krimineller Organisationen erarbeiten soll. Der Sonderausschuss soll mit 45 Abgeordneten Ende April seine Arbeit aufnehmen. Der Ausschuss hat ein Jahr Zeit, um das Ausmaß von organisiertem Verbrechen, Korruption und Geldwäsche zu analysieren und Vorschläge zu erarbeiten, wie das EU-Recht gegebenenfalls geändert werden sollte, um ge-

genzusteuern. Dabei geht es auch um die Praxistauglichkeit einer Richtlinie, die die EU-Kommission in dieser Woche vorgeschlagen hatte, mit dem Ziel, das Vermögen von Kriminellen leichter zu beschlagnahmen. Allein der illegale Drogenhandel werfe in der EU jedes Jahr rund 100 Milliarden Euro ab. Der Sonderausschuss soll auch die Rolle der einschlägigen Agenturen wie Europol und Eurojust im Kampf gegen organisiertes Verbrechen untersuchen. Das EP erwartet Aufschluss darüber, bis zu welchem Grad der öffentliche Sektor von der Mafia unterwandert und die legale Wirtschaft von kriminellen Machenschaften „verseucht“ ist. Es besteht die Möglichkeit das Mandat des Ausschusses zu verlängern. In einer EntschlieÙung vom Oktober 2011 hatte das EP auch die Ernennung eines EU-Staatsanwalts gefordert sowie die EU-weite Anerkennung, dass die Mitgliedschaft in Mafia-Netzwerken einen kriminellen Tatbestand darstellt.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Abstimmung Kakaoabkommen
- Fortschrittsberichte zu Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Island
- Haushaltsleitlinien 2013
- Abstimmungen über Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft bis 2050
- Erhöhung der Importe von US-Rindfleisch
- EntschlieÙung zu Russlandwahlen
- Debatte mit Kommission zum Schmallenberg-Virus
- EntschlieÙung zur Einführung von Frauenquoten
- Debatte über letzten EU-Gipfel mit Kommissionspräsident Barroso und dänischer Ratspräsidentschaft

- Stellungnahme zur ausländerfeindlichen Website der niederländischen PVV (Partei für Freiheit)

Herzlichst Ihr

Prof. Dr. Hans-Peter Mayer, MdEP

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:
<http://www.europarl.europa.eu/> oder
<http://www.europarl.europa.eu/activities/introduction/home.do?language=DE>.

Europäisches Parlament:

Büro ASP 15 E 154
Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel.: 0032-2-284-7994
Fax: 0032-2-284-99 94

E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu

Internet: <http://www.europa-mayer.de>

Europabüro:

GroÙe Str. 90
49377 Vechta
Tel.: 044 41/90 99 09
Fax: 044 41/90 99 10

E-Mail: info@europa-mayer.de



EVP-Fraktion